PB.Z-01-114

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Anna Christmann (KV Stuttgart)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 114 bis 122:
Auch die Corona-Krise hat wieder einmal gezeigt, dass Deutschland bei ~~Forschungsdaten weit hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi in Echtzeit vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei uns hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten der Forschung und den politischen Entscheidungsträger*innen zur Verfügung stellen. Dafür richten wir ein Forschungsdatenzentrum beim Statistischen Bundesamt ein, mit einem gesetzlichen Forschungsauftrag und einem eigenen Forschungsinstitut. Wir werden auch Unsicherheiten bei der Datenverknüpfung beseitigen und ein Datentreuhandzentrum einrichten, das, unter Datenschutzauflagen, Daten aus unterschiedlichen öffentlichen Statistiken verknüpfen darf.~~der Verfügbarkeit von Daten weit hinter vergleichbaren Ländern zurückliegt. Während in den USA viele Daten quasi in Echtzeit vorlagen und politische Maßnahmen zeitnah evaluiert werden konnten, fehlen bei uns hinreichende und schnell verfügbare Daten. Wir wollen das ändern und zeitnah Daten der Forschung, den politischen Entscheidungsträger*innen und der Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen. Dafür richten wir ein Dateninstitut ein, das Modelle für bessere Datenverfügbarkeit entwickelt und erprobt, gemeinsam mit Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Notwendig ist ein Paradigmenwechsel von einzelnen Datensilos in Sektoren hin zu gemeinsamen Standards, um zum Beispiel über Datentreuhandmodelle einfacheres und vertrauensvolles Datenteilen zu ermöglichen.

Begründung

Es ist gut, dass wir als Grüne klarmachen, dass wir Daten besser verfügbar machen wollen, die bei der Bewältigung von Herausforderungen helfen können. Dabei geht es aber nicht nur um Forschungsdaten (das wäre auch besser im Kapitel Forschung zu diskutieren) und es geht auch nicht nur um politische Entscheidungsträger*innen als Zielgruppe. Die gesamte Zivilgesellschaft kann zur Verfügbarkeit von Daten beitragen und auch von ihr profitieren.

Es braucht daher nicht ein weiteres Forschungsdatenzentrum, zumal es in verschiedenen Sektoren schon viele Forschunsgdatenzentren gibt und der Name so verwirrend sein kann. Zum anderen ist es fraglich, ob wir uns im Wahlprogramm auf das Statistische Bundesamt als Ort für ein Dateninstitut festlegen sollten. Ein allgemeines Dateninstitut, das verschiedene Modelle für bessere Datenverfügbarkeit erforschen und auch erproben kann, scheint eher dem genannten Ziel eines handlungsfähigeren Staates durch bessere Datenlage angemessen.

weitere Antragsteller*innen

Kai Gehring (KV Essen); Dieter Janecek (KV München); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/ Wilmersdorf); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Johannes Kode (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg);

Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Jan Seifert (KV Berlin-Mitte); Julian Pascal Beier (KV Göppingen); Anita Beier (KV Göppingen); Johannes Geibel (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Alexander Link (KV Heidelberg); Andreas Tesche (KV Rostock); Luca Secci (KV Stuttgart); Eva Maria Vögtle-Köckeritz (Hannover RV); Hannes Damm (KV Vorpommern-Greifswald); Richard Ralfs (KV Rhein-Sieg); Eva Viehoff (KV Cuxhaven); Ann-Katrin Knemeyer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jörg Sauskat (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Claudius Rafflenbeul-Schaub (KV Düsseldorf); Marvin Fischer (KV Dresden); Lukas Weber (KV Heidelberg); Adrian Schmidt (Hannover RV); Angela Brüx (KV Ludwigsburg); Hubert R. Schübel (KV Stuttgart); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord); Mattias Geibel (KV Berlin-Mitte)